

## Zivil-militärische Beziehungen und Friedenskultur in Österreich

Giller, Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Giller, J. (1989). Zivil-militärische Beziehungen und Friedenskultur in Österreich. In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 842-844). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-145564>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

länger andauerndem Frieden und ohne Feindbild nimmt der Wehrwille ab.

- Mit der Ausbreitung sozialer Sicherheit und dem sichtbaren Erfolg des Wohlfahrtsstaates nimmt die Verteidigungsbereitschaft eher zu - doch bringen diese Modernisierungserfolge auch mehrere negative Effekte für die Verteidigungsbereitschaft.

Der Wertewandel "entwertet" militärische Kampfkraft zusammen mit Patriotismus und Heldenverehrung.

Der im Komfort lebende junge Mensch empfindet die "Opfer" des Wehrdienstes stärker.

Das Soldatentum verliert stetig an Ansehen.

- Die soziale Kohärenz und Homogenität wird in pluralistischen Gesellschaften geringer - allerdings zerfallen damit auch die traditionellen Konfliktquellen der sozialen Klassen, ethischen und religiösen Lager innerhalb einzelner Nationen.

Der Eindruck besteht, dass sich die Entwicklung der Verteidigungsbereitschaft in einem komplexen System von Gegenkräften und Balancen und gesellschaftsinternen Verschiebungen abspielt, das im Gesamtbild über längere Perioden eher "wacklige Kurven" und keine massiven Trends ergibt - aber dann bei Kumulation konvergierender Wirkungen rasch "umkippen" kann, ins Positive wie ins Negative.

## **Zivil-militärische Beziehungen und Friedenskultur in Österreich**

Joachim Giller (Wien)

In diesem Jahrhundert war das österreichische Militär zunächst Stütze der k.u.k.-Grossmacht, dann die sozialistisch orientierte Volkswehr der revolutionären Ersten Republik, unter einer christlich-sozialen Regierung ein betont konservativ ausgerichtetes Berufsheer, 1934 das Heer eines Bürgerkrieges, dann das Heer einer österreichischen Diktatur (ab 1936 Wehrpflicht), dann in der Wehrmacht des nationalsozialistischen Deutschlands "aufgegangen", nach dem Krieg verboten und nach der Phase einer sog. "B-Gendarmerie" mit militärischem Charakter im besetzten Österreich schliesslich das Bundesheer der zweiten Republik mit immerwährender Neutralität - und insgesamt einer "Tradition der verlorenen Kriege".

So begab sich die - parteipolitisch zunächst unbestrittene - Armee ab 1956 auf eine Identitätssuche, die bis heute nicht abgeschlossen ist. Mit dem Anfang der 70er Jahre auf Initiative von reformorientierten Offizieren entwickelten (und von Vertretern der kritischen Friedensforschung häufig als beispielhaft gelobten) militärischen Verteidigungskonzept der defensiven Raumverteidigung im Rahmen der "Umfassenden Landesverteidigung" konnte eine tiefe Krise überwunden werden, die 1969 in einer von linken Sozialdemokraten und "Linkskatholiken" initiierten Kampagne für ein Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres

ihren Ausdruck gefunden hatte. Hauptgründe für den Verzicht auf die offizielle Einleitung des Plebiszits dürften letztlich im Hauptwahlslogan der SPÖ: "6 Monate Wehrdienst sind genug", in der Einsetzung einer Bundesheer-Reformkommission sowie in der Schaffung eines Zivildienstes durch die SPÖ-Alleinregierung ab 1970 liegen. In der Folge erhielt das Heer milizartige Strukturen, das Abhaltekonzept der "Spannocchi-Doktrin" fand einvernehmliche politische Billigung; Endprodukt der Entwicklung ist der 1985 veröffentlichte "Landesverteidigungsplan".

In der öffentlichen Meinung genießt das Bundesheer international vergleichbare demoskopische "Akzeptanz"-Werte von rund 80%. Einer ausgeprägten Verteidigungswilligkeit (Zivildienerteil dzt. 4,6%) stehen geringes Bedrohungsbewusstsein und massive Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit gegenüber. Man wünscht einen möglichst geringen politischen Einfluss des Militärs (praktisch keine Präsenz in Vertretungskörpern), honoriert hauptsächlich Einsätze in der Katastrophenhilfe, zeigt sich aber in finanzieller Hinsicht überaus zurückhaltend (Anteil der Verteidigungsausgaben unter 4% des Bundeshaushalts).

Von einer "Milizkultur" nach Schweizer Muster kann keine Rede sein; nur jeder fünfte Österreicher wird "milizgerecht" weiter ausgebildet. Milizverbände setzen sich für die Besserstellung der Milizsoldaten ein: So vermeidet z.B. die Wirtschaft die Anstellung von Übungspflichtigen. Der Wehrdienst wird nach seiner Ableistung deutlich negativer beurteilt als vorher. Ein militärisches Klima sui generis wird wieder gefördert: Einer Förderung nach mehr Drill steht die Abwertung politischer Bildung gegenüber. Die Professionalisierung im Heer läuft in erster Linie auf eine "Verbeamtung" hinaus; das Sozialprestige der militärischen Berufe ist gering. Es bestehen über 100 militärisch-zivile Partnerschaften, darunter mit allen Gemeinden eines politischen Bezirkes und mit einer Teilgewerkschaft des ÖGB.

Da die Studentenbewegung in Österreich keine messbaren politischen Spuren hinterlassen hatte, konnte die zahlenmässige starke, ideologisch heterogene Friedensbewegung an keine fundamental-oppositionelle Erfahrungen anknüpfen; zudem fehlte ihr ein konkretes Protestobjekt, sodass sie mehr moralisch appellierende Gewissens- und Solidaritätsbewegung als "neue soziale Bewegung" war und dem Bundesheer-Image infolge eines offen und gemässigt geführten Dialogs eher nützte, als es zu schädigen. Andere Proteste (Rüstungsexporte, Grosskraftwerke) konnten wegen rascher Erfolge (restriktive Gesetzesregelung, Volksabstimmung gegen Kernkraftwerk, Aussetzung des Kraftwerkbaues Hainburg) keine Dynamik entwickeln. So wurde kürzlich die massive Ablehnung der "Draken"-Abfangjäger von einer Landesorganisation der bürgerlichen Volkspartei getragen, die auf Bundesebene für eben diese Anschaffung votiert hatte; ein alternatives Friedenscamp schloss hingegen unmittelbar nach der Stationierung mangels Beteiligung.

In der internationalen Sicherheitspolitik muss Österreich ein mehr bewegter als bewegender Faktor sein und sich mit dem Angebot guter Dienste begnügen

(Verhandlungsforum, Vermittlung, UN-Friedensmissionen). Im Falle neutralitäts-politischer Veränderungen bzw. völkerrechtlicher Uminterpretationen der Neutralität - die im Land übrigens breiteste Zustimmung im Sinn der Nicht-Annäherung an einen der Blöcke genießt - müsste aber wohl mit Auswirkungen auf die strategischen Überlegungen der Bündnisse gerechnet werden.

Seit einiger Zeit läuft nun eine Diskussion über zwei Themen ab, denen eine sicherheitspolitische Dimension am Berührungspunkt Neutralität gemeinsam ist; die "Kultur" dieser Konfliktaustragung wirkt in die zivil-militärischen Beziehungen im Inneren, aber ebenso in die Aussenbeziehungen Österreichs.

Zum einen geht es dabei um bestimmte Rüstungsvorhaben sowie um strukturelle Änderungen in der Wehrkonzeption, die von offizieller Seite als unumgänglich für die Verteidigungsfähigkeit bzw. als Konsequenz aus finanzieller Unterdotierung, von Kritikern als Abkehr von der Raumverteidigung zugunsten einer nicht nur waffentechnischen, sondern auch strategischen Annäherung an die NATO bezeichnet werden.

Zum zweiten geht es um die Absicht namentlich des ÖVP-Regierungspartners, möglichst rasch einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG unter Beibehaltung der Neutralität zu stellen. Hierin wollen Kritiker einen Widerspruch zur nicht nur wirtschaftspolitischen Dynamik der Europäischen Integration sehen, die letztlich auch auf eine "europäische Armee" hinauslaufen könne und verweisen auf das Beispiel der Schweiz.

Für einen besonderen Akzent in dieser Diskussion sorgte eine Äusserung von ÖVP-Seite, wonach "alle, die gegen Waldheim sind, auch gegen die EG" seien. Sollte es tatsächlich einen Konnex zwischen den Grundeinstellungen in beiden Fragen geben, dann - so wäre zu vermuten - zunächst bei jenen, die ihn unterstellen: dass nämlich die forcierten EG-Beitrittsaktivitäten als Vehikel zur Überwindung der Isolation des Bundespräsidenten durch wichtige EG-Länder dienen soll. Für den Fall jedoch, dass ausländische Reaktionen in diesem Zusammenhang die beschränkte Handlungsfähigkeit des die Republik nach aussen Vertretenden tatsächlich unter Beweis stellten, liegt ein Konfliktpotential für die innere Stabilität im dadurch zu erzeugenden Solidarisierungsdruck: Die Inkaufnahme genau jener "Einmischung von aussen", die man sich anlässlich der Waldheim-Wahl verboten hatte, könnte nun zum dramatischen Appell an die Schutzverbundenheit mit dem Präsidenten im Inneren benützt werden - mit dem Effekt der integrationspolitischen Isolierung Österreichs.

Nicht ganz auszuschliessen ist auch ein blosser Effekt jener augenscheinlichen Vorbestimmtheit gegensätzlicher Standpunkte, von der schon bisher im Gefolge dieses hausgemachten Problems der politischen Friedenskultur in Österreich die Konfliktaustragung in den Fällen Hrdlicka, Peymann und Sinowatz gekennzeichnet war. Die Unterordnung nicht nur innen, sondern auch aussenpolitischer Fragen unter die Eigendynamik des Waldheim-Syndroms könnte allerdings ihrerseits eine Dynamik entwickeln, deren Folgen nicht absehbar sind.